

Liebe Kolleginnen! Ein weiteres Jahr mit großen Herausforderungen wartet auf uns: Die Corona-Pandemie ist immer noch nicht überwunden. Die langfristigen Schäden, die sich daraus für Kinder und Jugendliche, aber auch für Lehrkräfte und Eltern ergeben, sind derzeit nur schwer abschätzbar. Hoffen wir, dass sich die psychischen und physischen Schäden in erträglichen Grenzen halten. Auch die Kirche ist im Umbruch – viele Gläubige sind verunsichert und desorientiert. Beten wir für all jene, die Verantwortung in den Ämtern der Kirche tragen, dass sie die Einheit in der Wahrheit des Glaubens stets im Blick behalten, aber auch die Sorgen der Missbrauchsoffer ernst nehmen und notwendige Änderungen mit Gottvertrauen angehen.

Manika Bana

VkdL-Info No. 1 / 2022



Lehrkräfte und Schulleitungen kräftemäßig am Limit durch pandemiebedingte Zusatzaufgaben

Inzwischen befinden sich viele Schulen im Ausnahmezustand: Die pandemiebedingten Zusatzaufgaben, Testungen, die Kommunikation mit den Eltern und Rekrutierung von Ersatzpersonal — das alles kostet soviel Kraft, dass für neue Schulkonzepte keine Ressourcen mehr da sind. Immer neue Corona-Regeln, die von den Länderregierungen kurzfristig angekündigt werden, sorgen dafür, dass für viele Rektoren die fünf bis sechs Stunden für Verwaltungstätigkeit nicht ausreichen, um das Nötigste zu erledigen. Und eigentlich wollen sie ja auch noch selbst unterrichten. Das bedeutet: Viele Rektorenstellen bleiben unbesetzt, weil unattraktiv. So wurde z.B. bei 34 ausgeschiedenen Schulleitern in Bayern „Dienstunfähigkeit aus gesundheitlichen oder anderen Gründen“ in den Akten des Kultusministeriums vermerkt, das sind neun mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre. (Quelle www.sueddeutsche.de, 4.2.2022)

Zum Teil werden die Beschwerden von Elternseite direkt durch Anwälte vorgetragen, so berichtet der 1. Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), Gerd Nitschke, aus Anzing. Komplizierte Kommunikationswege, eine undurchsichtige Informationspolitik und „die immer massiver werdende Bürokratie“ sind die Hauptprobleme im Alltag. Die jüngste Anweisung des bayerischen Kultusministeriums, dass nur noch das Gesundheitsamt eine Quarantäne über komplette Schulklassen verhängen dürfe, bringt die Schulleitungen in Bedrängnis: Oft warten sie tagelang auf eine Reaktion der Gesundheitsämter. Die Situation vor Ort ist für Lehrkräfte und für Eltern untragbar geworden. Das gilt nicht nur für Bayern, sondern auch für andere Bundesländer, die ähnlich überfordert sind. Die Leidtragenden sind vor allem wieder einmal die Kinder und Jugendlichen!

Cannabiskonsum nimmt zu — Behandlungen auch!

Die neue Bundesregierung will unter dem Deckmantel der „Entkriminalisierung“ laut Koalitionsvertrag die Legalisierung von Drogen vorantreiben — im Sinne einer „kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften“. Im Netz kann man nachlesen, dass sich die Landwirte in Deutschland bereits rüsten für den Anbau von Cannabis. Bauernpräsident *Joachim Rukwied* sagte dem „Tagesspiegel“: „Das ist eine hippe Kultur. Unsere Landwirte sind da durchaus offen und denken darüber nach einzusteigen.“ Dieser sorglosen Trendkultur stehen handfeste medizinische Bedenken entgegen, die jedoch offenbar viele gerne ausblenden:

Nachweislich nehmen die Krankenhausbehandlungen nach regelmäßigem Cannabiskonsum zu, wie u.a. die „WELT“ am 31.1.2022 unter der Rubrik „Auf einen Blick — Wissen“ herausstellte: Die Daten des Statistischen Bundesamtes, die von Forschern der Uniklinik Ulm für die **Jahre 2000 bis 2018** ausgewertet wurden, zeigen, dass „sich die Zahl der stationären Krankenhausbehandlungen von Menschen mit psychischen Störungen in Folge von Cannabiskonsum bis 2018 fast versechsfacht hat“. Im Jahr 2000 gab es rund 3.400 Fälle, in 2018 rund 19.100. Im Vergleich dazu seien die Klinikaufenthalte aufgrund von Alkoholkonsum oder bei Schizophrenie nicht häufiger geworden.

Das neue Jugendschutzgesetz — Broschüre und Flyer

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz hat drei neue Publikationen veröffentlicht, die kostenlos bei der BAJ bestellt werden können und online zum Download bereitstehen:

- ♦ Was gibt's Neues im Jugendschutzgesetz? (Broschüre, 45 Seiten)
- ♦ Elterninfo Jugendschutz (Flyer)
- ♦ Jugendschutzgesetz. Informationen für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter (Flyer)

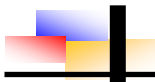
Die Publikationen können Sie postalisch bestellen bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ), Mühlendamm, 10178 Berlin, oder per Mail an: material@bag-jugendschutz sowie im Internet unter: www.bag-jugendschutz.de.

16. Schulrechtsänderungsgesetz NRW

Das 16. Schulrechtsänderungsgesetz — derzeit zur Abstimmung im Landtag — soll laut Schulministerium noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten. Ziel des Gesetzes ist u.a., dass die Schulen auf verschiedenen Ebenen mehr Freiräume erhalten: gestärkt werden sollen die Schulkonferenz ebenso wie die Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern und deren Eltern.

Darüber hinaus erhalten Schulen nach dem Entwurf mehr Möglichkeiten, von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen abzuweichen sowie Schulentwicklungsvorhaben zu entfristen. Im Zuge der Erfahrungen der Pandemie soll die Digitalisierung des Lehrens und Lernens nun gesetzlich verankert werden.

Außerdem sollen Schulen zu einem Schutzkonzept gegen sexuellen Missbrauch verpflichtet werden. Auch auf sprachlicher Ebene sind einige Änderungen geplant: der Hauptschulabschluss soll künftig die Bezeichnung „Erster Schulabschluss“ erhalten, der Hauptschulabschluss nach Klasse 10 wird zum „Erweiterten Ersten Schulabschluss“, der Begriff Muttersprache wird, so der Entwurf, durch den Begriff „Herkunftssprache“ ersetzt.



Gütesiegel in der Pflege: Anwerbung ausländischer Kräfte

Experten gehen davon aus, dass bis 2025 rund 150.000 Pflegekräfte in Deutschland benötigt werden. Schon jetzt steht fest, dass der Bedarf nicht mit dem inländischen Nachwuchs gedeckt werden kann. Schon 2013 arbeiteten rund 74.000 Beschäftigte ohne deutschen Pass in Kliniken, Heimen und ambulanten Diensten, im Jahr 2020 waren es sogar schon 208.000. Über die Hälfte der Pflegekräfte kommt inzwischen aus Nicht-EU-Staaten wie Bosnien, Serbien oder den Philippinen.

Künftig soll ein staatliches Gütesiegel für Fairness bei der Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland sorgen. Am 2. Februar 2022 verlieh der Parlamentarische Staatssekretär beim Gesundheitsminister, *Edgar Franke*, das neue Gütesiegel „Faire Anwerbung Pflege Deutschland“ an 14 Arbeitgeber. Wichtig ist, dass die Vermittlungsagenturen und Arbeitgeber den Prozess der Anwerbung ethisch, fair und transparent gestalten. Außerdem verpflichten sich die Arbeitgeber, die Pflegekräfte beim Visumverfahren und bei der Anerkennung von Qualifikationen zu unterstützen. Das Siegel soll vor allem Vertrauen schaffen bei den Bewerbern. Bisher haben schon 76 Interessenten das Siegel beantragt. Die Kriterien wurden vom Kuratorium Altershilfe (KDA) entwickelt.

NRW will Haupt- und Realschulen stärken

Das Landeskabinett NRW hat am 25. Januar 2022 beschlossen, dass zukünftig nicht nur Haupt- und Realschulen mit über 180 Schülerinnen und Schülern einen Anspruch auf eine Konrektoren- bzw. Konrektorinnenstelle haben. Die Größe der Schule soll dafür nicht mehr ausschlaggebend sein. Schulministerin Yvonne Gebauer sagte dazu: „Ziel und Zusage dieser Landesregierung war, ist und bleibt, unseren Schülerinnen und Schülern beste Bildung zu ermöglichen und unsere Lehrerinnen und Lehrer Schritt für Schritt weiter zu entlasten.“ Insgesamt 29 Haupt- und Realschulen mit weniger als 180 Schülern könnten davon profitieren, so Gebauer.

„Könnten ...“, so sieht es auch der VkdL. Allerdings ist die Situation an den Schulen aufgrund der pandemischen Lage so schwierig, dass die Stellenbesetzung vielfach ein Wunsch bleiben wird. Schulleiterstellen und auch Konrektorstellen haben immer mehr an Attraktivität verloren. Viel kraftzehrende Organisation und wenig Zeit für geringen Lohn. Wenn die Schulpolitik keine Anreize und Entlastungen anbietet, werden die Schulen leer ausgehen.

Wahlmöglichkeit verringert Religiosität

Immer wieder steht der Religionsunterricht an den Schulen im Fokus von Reformprozessen. Bereits in den 1970er-Jahren brachte die Einführung des Faches „Ethik“ große Veränderungen. Das fordert Gemeinden, aber auch Eltern und Lehrkräfte immer wieder neu heraus.

Aber was macht das eigentlich mit der **Religiosität** des Einzelnen?

Dieser Frage widmeten sich die Wissenschaftler des Münchner ifo-Institutes, die Umfragedaten von mehr als 58.000 Erwachsenen ausgewertet haben, die zwischen 1950 und 2004 in Westdeutschland eingeschult wurden. Das ifo-Team wollte wissen, wie sich die Wahlmöglichkeit zwischen Religionsunterricht und Ethik in den Bundesländern auswirkt im Hinblick auf die Religiosität. Die Forschenden verglichen zunächst die Alterskohorten innerhalb eines Bundeslandes, um sie später mit den anderen Bundesländern zu vergleichen. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass Kinder, die in der Grundschule zwischen Religion und Ethik wählen konnten, „weniger wahrscheinlich beten, Gottesdienste besuchen oder Mitglied einer Kirche sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Erwachsener in Deutschland selbst als religiös bezeichnet, liegt laut Studie bei 52,4 Prozent“, so fasst Anita Hirschbeck von der Kölner Kirchenzeitung die Ergebnisse zusammen. Doch reduziert sich der Anteil um 2,9 Prozentpunkte, wenn es in der Schule eine Wahlmöglichkeit gibt. Laut ifo-Team übt die Einführung des Faches „Ethik“ einen Modernisierungsdruck auf den Religionsunterricht aus. **Für den VkdL wird die Frage immer dringlicher: Wie kann religiöse Beheimatung gerettet werden, wenn Religion und Kirche immer mehr auf dem Altar der modernen Welt geopfert werden? Hat die Selbstbestimmung die Kirche in ihrem Kern zersetzt? Was kann uns das Evangelium lehren?**

In China wird der Kampf gegen die Religion verschärft

In einem neuen Lehrbuch über Atheismus für Hochschulen und die Kader der Kommunistischen Partei vertritt der Autor *Li Shen* die These des Präsidenten *Xi Jinping*, die chinesische Kultur sei nie religiös gewesen. Das chinesischsprachige Buch „Die Prinzipien des wissenschaftlichen Atheismus“ ist als Kampagne gegen die Religionen zu sehen, die China inzwischen auch auf seine Sonderverwaltungszone Hongkong ausgeweitet hat. Der emeritierte Bischof von Hongkong und Chinakritiker *Kardinal Joseph Zen* sowie auch Vertreter anderer Kirchen wurden bereits verurteilt, weil sie die Demokratiebewegung in China unterstützt haben. Der asiatische Pressedienst Ucanews und der Chinaexperte *Benedict Rogers* sehen darin einen Warnschuss, den man nicht ignorieren sollte. (KNA, 2.2.2022)

Reform der Kirche beginnt mit Glaubensinitiative! Deutscher Kirchenhistoriker legt Finger in die Wunde

In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur erläuterte der deutsche Kirchenhistoriker *Ulrich Lehner* (Gespräch mit Simon Kajan, KNA), was die USA im Hinblick auf den sexuellen Missbrauch in der Kirche anders gemacht hat als die Kirche in Deutschland. Der an der Universität Notre Dame (Indiana/USA) lehrende Wissenschaftler betont, dass man in den USA bereits vor 20 Jahren „die Reform der Priesterausbildung mit ausführlichem Screening der Kandidaten“ angegangen sei. Damals, als er nach einem Studienaufenthalt nach München zurückkehrte, hätte man ihn ausgelacht, als er von „Auswüchsen“ berichtete. Heute weiß er, dass Deutschland den Zeitpunkt der Reformen und des gezielten Kinderschutzes seit 2001 verschlafen habe. Und entscheidend: In den USA habe man die Missbrauchskrise „nicht dazu benutzt, die gesamte Ekklesiologie und Sexualmoral in den Graben zu befördern“ — im Gegenteil: In den USA habe die verbesserte Katechese und Glaubenserneuerung seit 2001 nicht zu der Austrittswelle wie in Deutschland geführt, sagt Lehner. Schon in den Jahren nach 1945 und weit vor 1968 machte sich eine falsch verstandene Nachsicht und eine „im Herzen der Kirche bereits laxer Sexualmoral“ in der Kirche breit, die 1968 „gesellschaftsfähig“ wurde. Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle sei eine Chance, aber man müsse „reinen Tisch machen“, so Lehner. In Deutschland habe man noch nicht begriffen, „dass Kirchenreform mit der inneren Reform beginnen und enden und daher mit einer Glaubensinitiative einhergehen muss“.